

Luzerner Tagblatt



Lärmtest für Concorde 002

«Unglaublich wenig Lärm, weniger als ein schwerer Camion, der einen Hügel erklimmt», das sind die Erklärungen von Geoffrey Holmes, Berater der lokalen Behörden in Fragen des Fluglärms, der soeben «Concorde 002», das in England gebaute anglo-französische Uberschallflugzeug, testete. Es handelte sich um den vierten Versuchflug dieses Flugzeuges über der Basis der RAF in Fairford. — Unser Bild zeigt Geoffrey Holmes mit den Instrumenten, die gerade die «Concorde» testen. Laut seiner Meinung ist deren Lärm weit geringer als der Lärm von Boeing 707 und VC-10, die den Flughäfen von London benützen. *ASL*

Schwere Rassenunruhen in Malaysia

Großbrand Oberarth: Schlimmer als erwartet

Die unglückliche Fußballniederlage gegen Rumänien

2

7

17

Nixons Weg zum Frieden in Vietnam

Acht-Punkte-Vorschlag des amerikanischen Präsidenten für beidseitigen Truppenrückzug aus Südvietnam und die Durchführung von freien Wahlen — Einseitiger Rückzug amerikanischer Truppen nicht vorgesehen — Kein Bruch des US-Hilfeversprechens an Saigon — Eine eventuelle Neutralität Südvietnams wurde von Washington akzeptiert, sofern diese dem Volkswillen entspricht — Der Vorschlag wird vom FLN und von Moskau abgelehnt

Der Präsident der USA, Richard Nixon, hat ein konkretes Programm für den Abzug aller ausländischen Truppen aus Südvietnam vorgeschlagen. Der Abzug soll innerhalb von zwölf Monaten vollzogen werden. Ein internationales Kontrollorgan soll den parallelen Abzug überwachen und außerdem Waffenstillstandsvereinbarungen treffen. Das Organ soll ferner freie Wahlen in Südvietnam beaufsichtigen, an denen alle politischen Kräfte des Landes teilnehmen sollen. Nixon machte diese Vorschläge, die bei den Pariser Friedensgesprächen mit Nordvietnam erörtert werden sollen; in einer mit Spannung erwarteten Fernsehrede.

man die Gefahr eines Massakers eingehen, das alle Menschen in der Welt erschrecken und mit Abscheu erfüllen würde.

Die USA geben Südvietnam volle Freiheit

Richtlinie für alle amerikanischen Entscheidungen in Vietnam ist nach Nixons Worten, «was das Volk von Südvietnam für sich selbst will». Nixon nannte sieben Punkte, welche die USA bei einer Entscheidung des Volkes akzeptieren würden:

1. Wir streben keine Militärbasen in Vietnam an.
2. Wir bestehen nicht auf militärischen Bindungen.
3. Wir sind bereit, die Neutralität Südvietnams anzuerkennen, wenn das das Volk in freier Wahl entscheidet.
4. Wir glauben, daß alle politischen Kräfte des Landes eine Gelegenheit zur vollen Teilnahme am politischen Leben Südvietnams haben sollen, soweit sie ohne Gewalt und Einschüchterung arbeiten.
5. Wir sind bereit, jede Regierung in Südvietnam hinzunehmen, die aus freien Wahlen hervorgeht.
6. Wir wollen dem südvietnamesischen Volk keine Regierung aufzwingen.
7. Wir haben keine Einwände gegen eine Wiedervereinigung, wenn sich herausstellen sollte, daß dies von den Menschen in Süd- und Nordvietnam gewünscht wird.

FLN und Moskau lehnen ab

Paris, 15. Mai. ag. (DPA) Die Delegation der kommunistischen südvietnamesischen Befreiungsfront FNL bei der Pariser Vietnamkonferenz hat den Vorschlag Nixons abgelehnt. Die USA, so hieß es, klammerten sich weiterhin an ihren alten, «in einer anderen Form präsentierten Vorschlag» des gegenseitigen Abzugs der Streitkräfte, den die Befreiungsfront wiederholt zurückgewiesen habe. Mit diesem Vorschlag würden der Aggressor und der Angegriffene auf eine Stufe gestellt.

(UPI) Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass bezeichnete den Friedensplan Nixons als «nicht mehr als eine Rechtfertigung» der amerikanischen «Aggression» in Vietnam.

(DPA) Voraussetzung für den Acht-Punkte-Plan des amerikanischen Präsidenten sind eine Vereinbarung beider Seiten über den gleichzeitigen Beginn der Truppenreduzierungen und über einen gemeinsamen Zeitplan bei seiner Fortführung sowie die Bedingung, daß der Abzug schnell vorantreiben geht. Gleichzeitig forderte Nixon den Abzug der nordvietnamesischen Truppen aus Kambodscha und Laos, damit diese Länder nicht zu Ausgangsbasen für einen neuen Krieg werden. Nach einer derartigen Vereinbarung könnten nach Nixons Vorschlag folgende Punkte verwirklicht werden:

1. Sofortiger Beginn des Abzugs «aller nicht-südvietnamesischen Truppen» aus Südvietnam.
2. Nach zwölf Monaten würden in Etappen die größten Teile aller amerikanischen, alliierten und anderer nicht-südvietnamesischer Streitkräfte das Land verlassen haben. Nach Ablauf dieser Frist würden die übrigen Streitkräfte in besonders vereinbarten Gebieten bleiben und an Kampfoperationen nicht teilnehmen.
3. Die verbleibenden amerikanischen und alliierten Truppen würden ihren Abzug im gleichen Maße vervollständigen, wie die nordvietnamesischen Truppen nach Nordvietnam zurückkehren.
4. Ein internationales Kontrollorgan würde zur Verwirklichung des Truppenabzugs geschaffen werden. Diese Organisation würde auch alle übrigen Aktionen überwachen, auf die sich beide Seiten geeinigt haben.

International kontrollierte Wahlen

5. Das internationale Kontrollorgan würde in Übereinstimmung mit dem Zeitplan aktiv werden, auf den sich beide Seiten geeinigt haben.

Das Werben um die französischen Wähler

Pompidou entdeckt sein liberales Herz — Alain Poher will als Präsident die Verfassung genau einhalten

Paris, 14. Mai. (DPA/UPI/AFP) Der ehemalige Premierminister Georges Pompidou will für den Fall seiner Wahl zum Staatspräsidenten nicht auf den Spuren von de Gaulle wandeln. An einer Pressekonferenz erklärte Pompidou: «Ein Staatspräsident, der nicht General de Gaulle ist, kann nicht regieren wie General de Gaulle.» Er müsse viel-

mehr durch Ueberzeugung die Kraft ersetzen, die General de Gaulle aus seiner Statur und aus der Geschichte zog». Pompidou wies darauf hin, daß der Ausgang der Volksbefragung vom 27. April einen Willen zur Veränderung erforderlich mache. Der neue Präsident müsse in Kontakt mit den Parlamentariern bleiben und eine Regierung mit

der breitestmöglichen Mehrheit haben. Der ehemalige Premierminister setzte sich für eine weitgehende Liberalisierung im öffentlichen Leben ein. Er betonte auch Englands Zugehörigkeit zu Europa, schwebte sich aber darüber aus, wie und unter welchen Bedingungen ein britischer EWG-Beitritt erfolgen könnte.

Israel-Gründungstag mit Zwischenfällen

35 Personen bei Explosionen verletzt — Arabische Streikaktion

Jerusalem, 15. Mai. (UPI/R) In der ehemals arabischen Altstadt von Jerusalem veranstalteten die arabischen Einwohner am 21. Jahrestag der Gründung des israelischen Staates einen Schulstreik und einen nur teilweise befolgten Streik der Straßenhändler und Geschäftsleute. Jeeps der israelischen Armee mit Soldaten patrouillierten durch die Straßen der Altstadt. Streifen zu Fuß bewachten die Stadtmauer der Altstadt, die bis zum Juni-Krieg 1967 jordanisches Gebiet war.

Die Israelis haben ihren Staatsgründungstag schon vor einigen Wochen entsprechend dem neuen hebräischen Kalender gefeiert, während sich die Araber an den Gregorianischen Kalender halten.

Bei Bombenexplosionen im israelisch besetzten Gazastreifen und in Jerusalem wurden mindestens 35 Personen verletzt.

In der Stadt Gaza wurde eine Handgranate mitten in einer Menschenansammlung zur Explosion gebracht, wobei 20 Personen Verletzungen davon-

trugen. Weitere neun Verletzte gab es, als eine Bombe in einer öffentlichen Anlage explodierte. Drei weitere Zwischenfälle forderten nochmals sechs Verletzte. Alle Opfer waren Araber.

Angriff auf Terroristenlager in Jordanien

(AFP) Israelische Flugzeuge griffen einen Stützpunkt arabischer Terroristen auf jordanischem Gebiet an. Das angegriffene Lager befand sich zwei Kilometer östlich des Jordans in der Nähe von Tabhat Sahal. Der israelische Militärsprecher bezeichnete das Terroristenlager als Sabotagezentrum. Es liegt in einem Gebiet gegenüber israelischen Siedlungen, die seit dem Juni-Krieg ständig von jordanischer Seite beschossen worden waren.

«El-Al»-Einrichtungen in Frankreich bewacht

Paris, 14. Mai. ag. (DPA) Alle Einrichtungen der israelischen Luftfahrtgesellschaft «El-Al» auf dem Pariser Flughafen Orly werden seit Mittwoch streng überwacht. 30 Beamte der Bereitschaftspolizei patrouillierten vor den Büros, den Werkstätten und Flugzeugen der Gesellschaft und kontrollierten die Fracht für die israelischen Flugzeuge. Die französischen Regierungsbehörden sollen aus Vorsorge gegen einen eventuellen Terroristenanschlag auf die Büros der «El-Al» in Orly diese Maßnahmen veranlaßt haben. Analoge Vorkehrungen wurden auch auf dem Flughafen Nizza getroffen, wo israelische Flugzeuge vielfach zwischenlanden.

China fordert Araber zum Kampf gegen Israel auf

Hongkong, 15. Mai. (UPI) Die Volksrepublik China hat die arabischen Staaten aufgerufen, den «bewaffneten Kampf» gegen Israel fortzusetzen. Der Generalsekretär der chinesischen Volksbefreiungsarmee, Huang Yung-tscheng, sicherte bei einem Empfang zu Ehren der gegenwärtig in Peking weilenden syrischen Militärdelegation den arabischen Staaten zugleich die uneingeschränkte Unterstützung Chinas zu.

Zehn Iraker hingerichtet

Beirut, 15. Mai. (UPI) Im Irak sind wieder zehn angebliche Spione hingerichtet worden. Sie waren von einem Militärgericht der Spionage für Israel, die Vereinigten Staaten und Persien für schuldig befunden worden. Aus den veröffentlichten Namen schlossen Beobachter, daß unter den Hingerichteten keine Juden waren. Im Irak sind in den vergangenen Monaten nun 36 Personen als angebliche Spione exekutiert worden. Alle am Donnerstag Hingerichteten waren Iraker. Fünf waren Zivilisten, die anderen Militärangehörige. Ihre Leichen wurden nicht wie früher öffentlich zur Schau gestellt.



Eine Frau kandidiert für das Elysée

Erstmals bewirbt sich eine Frau um die französische Präsidentschaft, ohne allerdings Aussichten zu haben, ins Elysée gewählt zu werden. Es handelt sich um die Anwältin Mme. Bonnard-Pontay vom Rassemblement National Féminin. Sie ist nicht nur eine angesehenen Juristin, sondern auch eine Publizistin, die sich vor allem mit Familienproblemen befaßt. Unser Bild zeigt Frau Bonnard-Pontay, die in ihrer Pariser Wohnung die Journalisten empfing. *ASL*